



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/3343

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

12.12.19

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	12.12.2019	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 233/III "Mathildenhof- östlich Bohofsweg"
- Änderungsantrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 11.12.19 zur Vorlage Nr.
2019/2977

Anlage/n:

3343 - Antrag

Ratsgruppe DIE LINKE.LEV
Humboldtstr. 21
51379 Leverkusen

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

11. Dezember 2019

Änderungsantrag zum Bebauungsplan Nr. 233/III "Mathildenhof- östlich Bohofsweg" (2019/2977)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Änderungsantrag zum Bebauungsplan Nr. 233/III "Mathildenhof- östlich Bohofsweg" (laufende Nr. 2019/2977) auf die Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen und des Rates:

Die Verwaltung wird beauftragt detailliert darzustellen, welche Auswirkungen die geplante Bebauung von "Mathildenhof- östlich Bohofsweg" auf welche Siedlungsgebiete haben wird, weil diesem Gebiet laut Verwaltung „eine hohe stadtklimatisch-lufthygienische Bedeutung“ beizumessen ist. Die betroffene Bevölkerung und die Öffentlichkeit sind über die Ergebnisse zu informieren.

So lange diese Auswirkungen nicht ermittelt und bekannt sind, ist der Antrag 2019/2977 zu vertagen.

Begründung:

Die Verwaltung stellt in ihrer Stellungnahme fest, dass "dem Plangebiet (einem ‚Freiland- Klimatop‘) eine hohe stadtklimatisch-lufthygienische Bedeutung“ beizumessen" ist.

Es wird ausgeführt, dass „die geplante Bebauung die vorteilhaften ‚klimaaktiven Flächen‘ weiter dezimieren und somit die lufthygienisch-stadtklimatischen Standortbedingungen des Plangebietes und seiner Umgebung negativ beeinflussen wird. Die Belüftung der talabwärts gelegenen Siedlungsgebiete durch Kaltlufteinflüsse bei austauscharmen Wetterlagen wird behindert bzw. abgeschwächt.“

Die Empfehlung der Verwaltung in ihrer Stellungnahme lautet: „Am besten wäre es daher - vor dem Hintergrund der zunehmenden Klimaerwärmung - auf die Realisierung des Vorhabens zu verzichten.“

Das Bauvorhaben könnte sich fatal auf die Lebensqualität in den benachbarten Siedlungsgebieten auswirken. Daher sollten mögliche Auswirkungen zuerst einmal eruiert und öffentlich dargestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Björn Boos
Die LINKE.LEV

Gisela Kronenberg